

Sonstige Beschlüsse

Beschluss C 1, C 11/Abs. 6, C 28, C 36, C 37, C 39, C 40, C 41, C 45, C 46, C 47, C 48, C 52, C 54, C 55, C 56, C 57, C 58, C 59, C 62, C 63, C 65, C 66, C 69, C 71, C 72, C 73, C 76, C 80, C 81, C 83, C 85, C 86, C 87, C 90, C 92, C 94, C 102 und C 103

1. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer nach einer angemessenen Einarbeitungszeit konsequent umzusetzen. Die Tarifpartner sind aufgefordert, die angemessene Einarbeitungszeit auszuhandeln. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die Absicht der Bundesregierung, im Frühjahr 2012 eine Kommission zur Findung einer Höchstabweichungsdauer von Equal Pay einzusetzen, sofern sich die Tarifvertragsparteien in der Branche bis dahin nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigen können.
2. Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.
3. Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass ausreichende gesetzliche Möglichkeiten für befristete Beschäftigung erhalten bleiben. Das erhöht die Erwerbschancen gerade vieler Geringqualifizierter und öffnet Unternehmen die notwendigen Spielräume für flexible Beschäftigung. Diese Möglichkeiten verlangen aber auch einen verantwortlichen Gebrauch seitens der Arbeitgeber.

Beschluss C 4

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass am 13. August weiterhin aller Opfer der deutschen Teilung gedacht wird.

Beschluss C 5

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird um Prüfung gebeten, ob die Verbreitung und Verwendung von Symbolen, die in besonderer Weise für das SED-Unrechtsregime stehen, verboten werden kann.

Beschluss C 6Dienst in der Bundeswehr nur mit deutscher Staatsbürgerschaft

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr weiterhin grundsätzlich aus deutschen Staatsangehörigen besteht. Diesbezügliche Änderungen des Soldatengesetzes halten wir für nicht erforderlich.

Beschluss C 8Kerntechnische Kompetenz

Die Kompetenz zum sicheren Bau und Betrieb von Kernkraftwerken muss auch

langfristig in unserem Land erhalten bleiben. Abgesehen von den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Vorteilen für die Exportnation Deutschland können wir nur so den Betrieb von Kernkraftwerken im Ausland im Sinne einer Optimierung der Reaktorsicherheit mitgestalten. Außerdem ist ohne eine entsprechende Expertise eine wissenschaftlich fundierte Bewertung von Ereignissen in kerntechnischen Anlagen (bis hin zu schweren Unfällen) im Ausland nicht möglich.

Hieraus leitet sich die Notwendigkeit folgender von der Bundesregierung durch- bzw. weiterzuführender Maßnahmen ab:

- Erhalt der kerntechnischen Forschungskompetenz der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, insbesondere der Helmholtz Gemeinschaft, und Förderung der nuklearen Sicherheitsforschung;
- Erhalt der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS);
- Gewährung von Hermes-Bürgschaften für den Export von Kerntechnik entsprechend der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Beschluss C 11

Für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik

Arbeit für alle ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Sie schafft Einkommen und Wohlstand, stiftet Lebenssinn, ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ermöglicht, das Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Wir sind auf dem Weg, dieses Ziel für möglichst viele Menschen in unserem Land zu erreichen, sehr gut vorangekommen. Die Arbeitslosigkeit ist von fast 5 Millionen im Jahr 2005 auf zuletzt deutlich unter 3 Millionen zurückgegangen. Deutschland ist neben

Luxemburg das einzige EU-Land, das derzeit eine niedrigere Arbeitslosenquote hat als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Deutschland mit etwa neun Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt von 20 Prozent.

Dennoch steht unser Land in der Arbeitsmarktpolitik vor weiteren Herausforderungen, die sich nur scheinbar gegenseitig ausschließen: Zum einen zeichnet sich für die deutsche Wirtschaft immer deutlicher ein Fachkräftemangel ab, zum anderen gibt es nach wie vor zu viele Langzeitarbeitslose. Wir wollen diese gegenläufigen Trends – hier die Firmen, die trotz intensiver Suche keine geeigneten Mitarbeiter finden, und dort eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit – zum Positiven wenden.

1. Dabei gilt es zunächst, das heimische Potenzial an Qualifikationen und Fachkräften besser zu nutzen. Daher ist die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ein Schritt in die richtige Richtung. Damit wird eine passgenauere und effektivere Förderung und Qualifizierung, insbesondere von älteren Menschen und Langzeitarbeitslosen ermöglicht. Dies eröffnet den betroffenen Menschen wesentlich schneller und nachhaltiger einen Weg zurück auf den ersten Arbeitsmarkt.
2. Wir werden die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem internationalen Arbeitsmarkt fördern, wo diese auf dem heimischen Arbeitsmarkt fehlen und dies im Interesse beispielsweise der Wissenschaft oder der Wirtschaft nötig ist. Jede Form von ungesteuerter Zuwanderung lehnen wir ab.
3. Wir wollen auch künftig Rahmenbedingungen setzen, in denen insbesondere der Mittelstand seine Leistungsfähigkeit entfalten kann. Dabei kann auch durch Flexibilisierung mehr Beschäftigungssicherheit und Chancen für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist Sache der Tarifpartner, dies auf dem Weg

variabler erfolgs- und ergebnisorientierter Entgeltbestandteile oder in Form größerer Handlungsspielräume bei der Gestaltung von Arbeitszeiten und Entgelten zu unterstützen.

Die CDU will Arbeit für alle und sieht sich dem Ziel der Vollbeschäftigung verpflichtet.

Beschluss C 15

Ja zu einer konsequenten Haushaltskonsolidierung –

Nein zur Steuer- und Finanzpolitik von Rot-Grün

Deutschland geht es so gut wie lange nicht mehr. Jetzt gilt es, die Fundamente zu stärken. Zentrales Ziel der CDU ist es, den Anstieg des Schuldenstands der öffentlichen Haushalte zu bremsen und die Schulden zurückzuführen. Denn wir wissen: Heute verursachte Schulden müssen wir oder nachfolgende Generationen später in Form von Steuern zurückzahlen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Neuverschuldung des Bundes zuletzt deutlich reduziert. Damit machen wir einen weiteren Schritt hin zur Gesundung der Staatsfinanzen: Mit nur noch 1,5 Prozent wird Deutschland 2011 die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrags von 3 Prozent deutlich einhalten. Unser Land wird damit als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land der Eurozone seiner Vorbildfunktion für andere Eurostaaten wieder gerecht. Die ab 2016 geltende Schuldenbremse im Grundgesetz zeigt schon jetzt Wirkung. Angela Merkel und die CDU setzen sich massiv dafür ein, dass alle Euro-Staaten eine Schuldengrenze in ihren Verfassungen verankern.

Gleichzeitig investieren wir in die Zukunft: Für Bildung, Forschung und Entwicklung werden bis 2013 insgesamt 12 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Für Forschung und Entwicklung zur Elektromobilität stehen bis 2013 rund eine Milliarde Euro zur Verfügung.

Neben dem Ziel der Haushaltskonsolidierung darf das Ziel der Steuergerechtigkeit und Steuervereinfachung nicht aus den Augen verloren werden. Vielmehr hält die CDU daran fest, die kalte Progression zu mindern und mittelfristig abzuschaffen, sobald wir uns die notwendigen haushaltspolitischen Spielräume erarbeitet haben.

Die einfache Vorstellung der Sozialdemokraten und anderer linker Parteien, leeren Kassen mit weiteren Verschuldungsprogrammen und Steuererhöhungsmaßnahmen zu begegnen, lehnt die Union konsequent ab. Wir erteilen den neuesten Steuererhöhungsplänen der SPD und Grünen zur Anhebung des Spitzensteuersatzes und zur Einführung einer Vermögensteuer eine klare Absage.

Beschluss C 17

Gesetzliches Verbot von gewerbsmäßiger Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung durchsetzen

Die CDU Deutschlands wird sich innerhalb der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die gewerbsmäßige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung unter Strafe gestellt wird.

Beschluss C 25Widerstand im Nationalsozialismus und Kommunismus im Schulunterricht

Die CDU Deutschlands fordert dazu auf, das Thema „Widerstand im Nationalsozialismus und im Kommunismus“ im Schulunterricht in allen Bundesländern zu behandeln.

Beschluss C 30Mietnomadentum bekämpfen

Die CDU Deutschlands fordert eine Stärkung der Vermieterrechte im Umgang mit Mietmissbrauch. Mietbetrug sollte auch stärker strafrechtlich verfolgt werden können. Außerdem ist eine Anpassung des Melderechts notwendig.

Beschluss C 42Deutschland öffnet sich für kluge Köpfe aus aller Welt

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist entscheidend vom Innovationspotenzial seiner Beschäftigten abhängig. Dazu müssen wir vorrangig die Qualifizierung der Einheimischen und hier bereits lebender Zuwanderer verbessern. Die Nutzung und Förderung inländischer Potenziale wird mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels aber nicht ausreichen.

Deutschland muss daher weitere hochqualifizierte, leistungsbereite und integrationswillige Menschen auf dem internationalen Arbeitsmarkt für sich gewinnen. Dabei ist gerade auch die Wirtschaft gefordert, sich um attraktive Bedingungen zu kümmern. Die

CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, die Bedingungen für die Arbeitsaufnahme von Hochqualifizierten mit dem Ziel einer dauerhaften Beschäftigung unter Berücksichtigung der Bedarfe der Wirtschaft zu verbessern. Jede Form ungesteuerter Zuwanderung lehnen wir ab.

Soweit die Besetzung offener Stellen mit ausländischen Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist, sollte die Möglichkeit genutzt werden, die Vorrangprüfung für einzelne Berufe bundesweit auszusetzen. Arbeitgeber müssen künftig schneller Klarheit erhalten, ob ein vorhandenes Angebot auf dem deutschen Arbeitsmarkt der beabsichtigten Beschäftigung eines ausländischen Arbeitnehmers entgegensteht. Zur Beschleunigung der Erteilung von Aufenthaltstiteln sollte daher das geltende Recht um eine Zustimmungsfiktion im Rahmen der Vorrangprüfung für die Fälle ergänzt werden, in denen die Prüfung trotz Vorliegens aller erforderlichen Unterlagen binnen vier Wochen nicht abgeschlossen ist.

Beschluss C 44

Nord-Süd-Korridor

Die CDU Deutschlands betont die Bedeutung einer leistungsfähigen Eisenbahnachse von Skandinavien nach Süd-Ost-Europa im Rahmen der transeuropäischen Netze und setzt sich für deren konsequente Umsetzung ein.

Beschluss C 88

Orientierung am „C“

Die Politik der CDU orientiert sich am christlichen Menschenbild und an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, wie sie in unserem Grundsatzprogramm entfaltet werden. Es ist die Aufgabe der Politik der Union auf allen Ebenen, diese Grundorientierung immer wieder deutlich werden zu lassen.

Beschluss C 89

Kostenerstattung für stationäre Hospize

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, die Erhöhung der Kostenerstattung durch Kranken- und Pflegekassen für stationäre Hospizaufenthalte von 90 % auf 100 % aufzustocken.

Beschluss C 104

Die CDU Deutschlands begrüßt die vom Koalitionsausschuss am 6. November beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen. Für darüber hinausgehende Steuersenkungen sehen wir in dieser Legislaturperiode keinen Spielraum. Wir wollen bereits vor Wirksamkeit der Schuldenbremse einen ausgeglichenen Haushalt auf Bundesebene erreichen.

Beschluss C 106

Die CDU Deutschlands begrüßt die Entscheidung zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien zur tragenden Säule der Energieversorgung.

Der breite politische und gesellschaftliche Konsens ist nun Chance und Herausforderung: Wir wollen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zum Gewinnerthema für Deutschland machen. Alle Verantwortlichen sind dabei zum Mitmachen aufgefordert. Es müssen alle Kräfte gebündelt werden, um die zeitlich ambitionierten Ziele einer Neugestaltung der Energieversorgung zu erreichen, ohne Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz zu vernachlässigen.

Risiken machen nicht an Grenzen Halt. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, für unseren energiepolitischen Kurs auch bei den europäischen Partnern zu werben. Die von EU-Energiekommissar Günther Oettinger durchgesetzten Stresstests für Kernkraftwerke sind dabei ein wichtiger Schritt. Kernkraftwerke, die diese Stresstests nicht bestehen, müssen abgeschaltet werden.

Wir werben gegenüber unseren Nachbarn in der Schweiz und in Frankreich für einen Ausstieg aus der Kernenergie in absehbarer Zeit. Insbesondere setzen wir uns für die Abschaltung solcher grenznaher Kernkraftwerke ein, die im Hinblick auf Alter und Beschaffenheit jenen Kraftwerken entsprechen, die in Deutschland aufgrund der neuen Risikobewertung abgeschaltet wurden.

Beschluss C 111

Der CDU-Bundesparteitag begrüßt das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, das vielen bedürftigen Kindern und Jugendlichen bessere Lebens- und Ent-

wicklungschancen eröffnet. Das Bildungspaket wurde bei voller Kostenerstattung durch den Bund in kommunale Zuständigkeit überführt.

Mit der gleichfalls beschlossenen schrittweisen Übernahme der dynamisch anwachsenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) durch den Bund verringert sich die drückende Last der kommunalen Sozialausgaben spürbar und auf Dauer. Allein bis 2015 ergibt sich daraus eine Stärkung der Finanzkraft der Kommunen in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Von der Entlastung profitieren verstärkt diejenigen Kommunen, die unter besonderen drängenden Finanzproblemen leiden.

Zusammen mit dem Bildungspaket entlastet der Bund die Kommunen bis 2020 in einer Größenordnung von mehr als 50 Milliarden Euro. Das ist die größte Entlastung der Städte, Gemeinden und Kreise seit Bestehen der Bundesrepublik.

Der CDU-Bundesparteitag appelliert an die Landesregierungen, die Mittel des Bundes an die Kommunen ungeschmälert weiterzuleiten.

Beschluss C 116

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist entsetzt und bestürzt über die Taten der rechtsextremistischen Terrorzelle in Zwickau. Sie zeigen in aller Brutalität, dass rechtsextremistische Strukturen ihren aggressiven Kampf gegen die Freiheitlich Demokratische Grundordnung und unseren Rechtsstaat auch mit terroristischen Mitteln führen.

Vor diesem Hintergrund sind Bund und Länder gefordert, alle rechtstaatlichen Mittel konsequent gegen diese rechtsextremistischen Bestrebungen zu ergreifen. Der von

extremistischen Parteien und vielen Kameradschaften getragene aggressiv kämpferische Rechtsextremismus wurde durch die Ermittlungsergebnisse im Zusammenhang mit der Terrorzelle aus Zwickau in den vergangenen Tagen demaskiert und zeigt sich als eine ernsthafte, brutale Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen.

Deswegen fordert die Christlich Demokratische Union Deutschlands die Bundesregierung und die Landesregierungen auf:

- die Taten der Terrorzelle aus Zwickau unverzüglich und rückhaltlos aufzuklären, vor allem weitere Mittäter dingfest zu machen und noch bestehende terroristische Strukturen zu zerschlagen,
- Ihren Kampf gegen den Rechtsextremismus zu intensivieren und stringent unter den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern zu koordinieren,
- zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben.